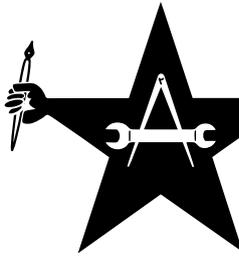


INFORMATIONEN FÜR ALLE MITGLIEDER DER TU BERLIN



AstAinfo³²



ALLGEMEINER STUDIERENDENAUSSCHUSS
TECHNISCHE UNIVERSITÄT BERLIN

NUMMER 32
APRIL 2017

Politik und Verwaltungszirkus

KHÔNG

Oxi!
GEEN



NEIN!

NO!
HET

NON!

HAYIR!

Inhalt:

Bericht aus dem Kuratorium
Neuer Hochschulrahmenvertrag
Cafe Erdreich: Erfolgreicher Protest
Proteste der Architektur-Studis
Arbeitskämpfe an der Hochschule

Informatik: Endgegner Prüfungsausschuss
Neues vom Semesterticket
Türkei: Debatte um Ehrendoktorwürde
„Schwarzfahrerhauptstadt“ Berlin?
DIY und Campuskultur

Was ist der AStA?

DER ALLGEMEINE STUDIERENDENAUSSCHUSS, KURZ ASTA, VERTRITT DIE STUDENTISCHEN INTERESSEN AN DER UNIVERSITÄT.

Vor allem hilft der AStA Studierenden dabei, sich zusammenzutun und ihre Rechte gegenüber der Hochschule und anderen Stellen durchzusetzen.

Der AStA führt die Geschäfte der verfassten Studierendenschaft, die ihn über das Studierendenparlament (StuPa) wählt. Die verfasste Studierendenschaft ist im Berliner Hochschulgesetz verankert. Sie wird von den Student*innen selbst finanziert über den Studierendenschaftsbeitrag von 9,10 Euro pro Semester. Dadurch kann der AStA sich viel unabhängiger für Studi-Interessen einsetzen als zum Beispiel Uni-finanzierte Studienberatungen oder parteinahe Studierendenorganisationen.

Intern ist der AStA TU Berlin durch Kollektive strukturiert, in denen Angestellte, Gewählte und andere Aktive auf Augenhöhe zusammenarbeiten. Einen Großteil davon machen die themenbezogenen Referate aus. Diese bestehen in der Regel aus durch das StuPa benannten Referent*innen und anderen Freiwilligen. Daneben gibt es noch die Service-Kollektive des AStA wie Beratungen, Technikpool und Verwaltung.

Wenn du mehr wissen willst, schau dich doch etwas in diesem AStA-Info um, komm in den AStA-Räumen im TK-Gebäude vorbei oder beehre uns im Internet!

INHALT

Aktuelles

- 3 Kuratoriumsbericht: Das Mindeste ist Nein zu sagen
- 4 Stichwort: Unirahmenvertrag
- 5 Erfolgreicher Protest: Cafe Erdreich

Organize

- 6 Anstehender Protest: Architektur-Studis gegen Kürzungen
- 7 TV Stud: Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt
- 8 Unter_bau oder der Optimismus

Verkehr & Semesterticket

- 10 „Schwarzfahrdiskurs“: Die Fahrscheine bitte!
- 11 News aus dem Semesterticketbüro

Bürokratie

- 12 Einsichten in Prüfungsunterlagen
- 13 Informatik-Diplom: Endgegner Prüfungsausschuss

Internationales

- 14 Debatte um die Ehrendoktorwürde Binali Yildirim

Kultur und Campus

- 17 Buch-Tipp: „Das Muschelessen“
- 18 Veranstaltungshinweise
- 19 Tag des offenen AStA

„Das Mindeste ist Nein zu sagen“

EIN BERICHT AUS DEM KURATORIUM DER TU. TEXT: HANNAH EBERLE

Hochschulpolitik gilt als eher dröge Angelegenheit für Studis – insbesondere für Linke. Politische Auseinandersetzungen an der Hochschule gelten als verloren und Gremienarbeit bedeutet in verstaubten Ordnungen zu lesen. Warum wir uns trotzdem einmischen sollten.

Seit Oktober bin ich als studentische Vertreterin im Kuratorium der TU Berlin. Neben mir ist da noch eine wissenschaftliche Mitarbeiterin, Petra Jordan, eine Mitarbeiterin aus der Fakultätsverwaltung, Katharina Schütz und Professor Stefan Völker. Außerdem eine ganze Reihe außeruniversitärer Berater*innen, wie die ehemalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, Staatssekretär Stefan Krach und Susanne Stumpfenhusen von ver.di. Insgesamt zwei Sitzungen sind seit der Wahl vergangen.

Für uns interessante Themen waren dabei der Standortentwicklungsplan (die Räume bleiben knapp), das Dauerthema Viertelparität, die Kanzler*innenwahl, der neue Haushalt der TU und eine energische Diskussionen über die Frage wie politisch eine Universität sein darf, wenn es um die Solidarität mit türkischen Wissenschaftler_innen geht (siehe Seite 14).

Halbe Viertelparität

Im Oktober tagte das Kuratorium gemeinsam mit dem Erweiterten Akademischen Senat, über das Für und Wider der Einführung einer Viertelparität im Akademischen Senat (Siehe *AStA-Info 31*).

Die Debatte zeigte wie hartnäckig von Seiten der Professor*innen, trotz aller liberalen Äußerungen, an verkrusteten Strukturen festgehalten wird. Dem naheliegenden Vorschlag, dass grundlegende Entscheidungen an der Universität auch von allen getroffen werden, die dort arbeiten, lernen und lehren (also allen vier Statusgruppen) wird mit Angst begegnet. Das eigentliche Argument der Gegner*innen: Wir trauen den Studierenden, WiMis und SoMis nicht zu die Universität nach vorne zu bringen.

Um die Befürworter*innen der Viertelparität ruhig zu stellen wurde nun ein Kompromiss gefunden, der volle Mitsprache suggeriert: Zumindest die Wahl des Präsidenten oder der Präsidentin soll viertelparitätisch erfolgen. In den kommenden Monaten soll darüber entschieden werden, doch es ist nicht auszuschließen, dass dann erstmal die nächste Runde juristischen Ping-Pong-Spiels ansteht. Praktisch, um politische Entscheidung nicht treffen zu müssen.

Kanzler*innen Wahl

Die Kanzlerin ist für die Erstellung des Haushalts und die Leitung der Verwaltungsabteilungen zuständig. Die Entscheidung zur Wahl liegt beim Präsidium und das Kuratorium ist eingeladen

einen Blick in die Bewerbungsunterlagen zu werfen. In der letzten Runde wird uns eine Person vorgestellt, vielleicht zwei und dann heißt es: „Friss oder Stirb“. Die Mitarbeiter*innen haben kein Mitspracherecht. Ist ja schließlich auch nur die zukünftige Chefin.

Haushaltsdebatte

Debatte? Auch hier lässt sich leider wenig von Debatte berichten. Das Kuratorium soll am Ende alles nochmal abnicken und der Eindruck entsteht, dass dies auch alle erwarten. Irritiert wird zur Kenntnis genommen, dass doch einige Fragen offen sind. Beispielsweise Kürzungen bei den internen Forschungsgeldern. Auf Nachfrage bestätigt sich eine langfristige, notwendige Mehreinspeisung externer Mittel. Außerdem 300.000 Euro für eine Lizenz bei Microsoft. Die Nachfrage warum die Universität nicht Open Source Software nutzt und das eingesparte Geld für neue Rechner ausgibt, ist schnell beantwortet: Microsoft ist ein wichtiger Geldgeber.

Ebenso Normalität, aber eine Nachfrage wert: Zwei Millionen Euro für Anschaffungen im Rahmen des Exzellenzwettbewerbs. Gemeinsam mit HU und FU wird ein neuer Versuch gewagt, den erstrebten Titel zu erhalten. Drei Wochen zuvor diskutierten die Mitarbeiter*innen des auslaufenden Studierendenförderprojekts Auxilium mit Präsident Thomsen darüber, warum dieses Projekt aus Geldmangel eingestellt wird und was Exzellenz an einer Universität eigentlich bedeutet. Zum Beispiel könnte es auch die Diversität sein. Oder die besten Arbeiten und nicht die mit der größten Verwertbarkeit für Drittmittelgeber. Dies sind keine radikalen, utopischen Hirngespinnste. Es ist eine Frage, wie sich Universität in der Gesellschaft positioniert. Es wäre längst an der Zeit die Reißleine zu ziehen und das Spiel von Konkurrenzdruck und sich überbietenden Wettbewerb zu verlassen. Den Haushalt lehne ich ab... als Einzige.

Opposition und kritische Stimmen sind keine Normalität an der Universität. Studentischen Vertreter*innen in den zentralen Gremien wie dem Akademischen Senat sollten das Rückgrat besitzen, sich auch gegen die Stimmen von Professor*innen zu positionieren, was derzeit leider nicht immer der Fall ist. Dies ist aber notwendig, um beispielsweise Kürzungen im studentischen Personalwesen zu verhindern, kritische Lehre und freie Wahlbereiche durchzusetzen oder Verschärfungen bei der Exmatrikulation und beim Prüfungsrecht aufzuhalten. Auch wenn wir derzeit nicht in der Lage sind, viel an der Universität zu bewegen, bleibt es doch in Zeiten wie diesen das Mindeste Nein zu sagen.

Stichwort: Unirahmenvertrag

SEIT 1. APRIL IST DAS ARCHIV DER LERNPLATTFORM ISIS NICHT MEHR FÜR STUDIERENDE ZUGÄNGLICH. LANGE WAR UNKLAR OB SEMINARTEXTE NOCH HOCHGELADEN WERDEN DÜRFEN. ABER WARUM? TEXT: DANIEL GAITTET

Wer an einer Hochschule oder Universität studiert, betrachtet es oft als eine Selbstverständlichkeit: Die für ein Seminar benötigten Texte werden von einer Lernplattform heruntergeladen. Keine Selbstverständlichkeit scheint hingegen das Wissen um die Tatsache zu sein, dass für diese digitale Bereitstellung von Texten eine Vergütung bezahlt werden muss. Zwar nicht für alle Texte, aber für viele.

Dieser Umstand ist wenig überraschend. Die digitale Bereitstellung von Texten, das Hoch- und Herunterladen, gehört inzwischen zum Alltag der Lernenden und Lehrenden an Hochschulen und Universitäten. Das Bezahlen einer Vergütung nicht. Wie auch? In der Vergangenheit wurde weder auf der Ebene des Seminars, noch auf der Ebene der Hochschulen und Universitäten abgerechnet. Die Bundesländer haben die Rechnung beglichen. Und so lässt sich auch die Empörung erklären, die seit November 2016 das Thema Unirahmenvertrag begleitet.

Was war passiert?

Die Bundesländer und der Bund – vertreten durch die Kultusministerkonferenz (KMK) – haben einen neuen Rahmenvertrag zur Vergütung von Ansprüchen nach § 52a Urheberrechtsgesetz (UrhG) mit der Verwertungsgesellschaft Wort (VG Wort) unterschrieben. Dieser Rahmenvertrag wird in der Diskussion als Unirahmenvertrag bezeichnet.

Bisher wurde die Vergütung für die digitale Bereitstellung von Texten an Hochschulen und Universitäten durch Pauschalzahlungen der Bundesländer an die VG Wort beglichen. Pauschalzahlungen funktionieren in diesem Fall wie eine Flatrate für die Nutzung urheberrechtlich geschützter Texte. Der neue Rahmenvertrag sieht vor, dass es in Zukunft keine Pauschalzahlungen mehr gibt, sondern Einzelabrechnungen. Hintergrund ist ein Urteil des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 2013.

Einzelabrechnungen bedeuten, dass jeder einzelne digital bereitgestellte Text an die VG Wort gemeldet werden muss. Bezahlt wird dann auch nicht mehr von den Bundesländern, sondern von den Hochschulen und Universitäten selbst. Klingt simpel, ist es aber nicht. Nicht die Vergütung an sich ist das Problem, sondern der Aufwand, der an den Hochschulen und Universitäten betrieben werden muss, um die Vergütung zu berechnen. Aufwand und Vergütung stehen in keinem vernünftigen Verhältnis.

Empörung, Chaos und Gerüchte

In Berlin und Lüneburg demonstrieren Student*innen gegen den Unirahmenvertrag. Die Hochschulen und Universitäten kündigten in einem historischen Moment der Einigkeit an, dem neuen Rahmenvertrag nicht beizutreten. Auch das Chaos war groß. Viele Gerüchte waren im Umlauf. Zahlreiche Hochschulen und Universitäten haben es nicht geschafft, ihre Mitglieder ordentlich über den neuen Rahmenvertrag zu informieren. Unklar war oft auch, welche Konsequenzen es denn genau hat, wenn eine Hochschule oder Universität dem neuen Rahmenvertrag nicht beitrifft.

Wie geht es weiter?

Anfang Dezember 2016 gab die VG Wort zusammen mit der KMK und der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) bekannt, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die eine bun-

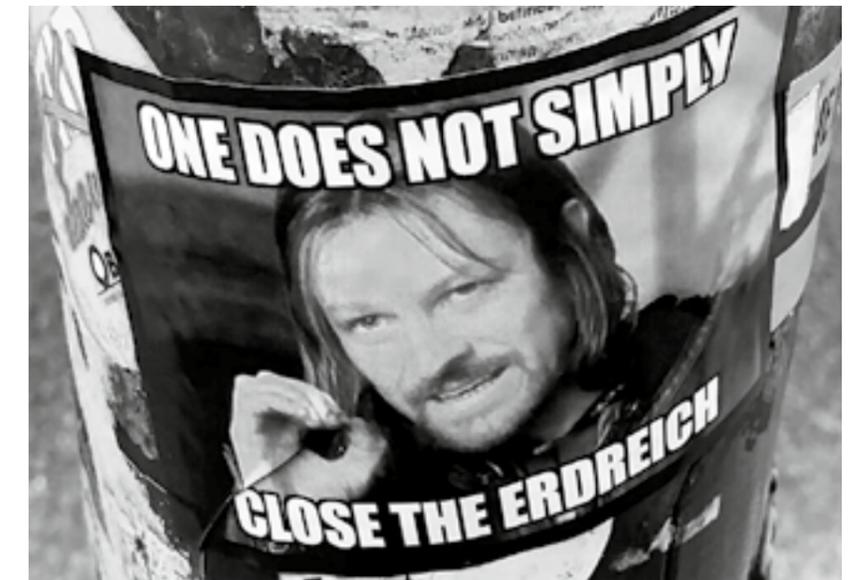
desweit einheitliche Lösung für die Abgeltung der urheberrechtlichen Ansprüche der VG Wort erarbeiten soll.

Die neue Lösung soll ab dem 1. Oktober 2017 gelten. Deshalb wollte die Arbeitsgruppe eigentlich bereits zum 31. Januar 2017 ein Grobkonzept vorlegen. Ob das passiert ist oder nicht, darüber kann nur spekuliert werden. Zumindest hat die Arbeitsgruppe bisher nichts veröffentlicht. Laut der Grundsatzvereinbarung der Arbeitsgruppe soll bis zum 15. März 2017 ein Endkonzept folgen, welches dann bis zum 30. Juni 2017 erprobt wird. Auch wenn das Einrichten der Arbeitsgruppe für Erleichterung gesorgt hat, ist nicht garantiert, dass hier eine Einigung erzielt werden kann. Bisher ist die Arbeitsgruppe überwiegend durch Intransparenz aufgefallen; im Zweifel erwartet die Hochschulen und Universitäten hier eine böse Überraschung.

Eine weitere Lösung des Problems wäre, das Urheberrecht so zu reformieren, dass eine vernünftige Vergütung der Autor*innen sichergestellt ist, ohne dass die Digitalisierung an den Hochschulen und Universitäten ausgebremst oder der Zugang zu Wissen beschränkt wird. Wenn weder die Arbeitsgruppe eine Einigung erzielen kann, noch das Urheberrecht entsprechend reformiert wird, gilt ab 1. Oktober 2017 wieder der ursprüngliche Unirahmenvertrag. Mit all seinen Problemen.

» **Daniel Gaittet studiert in Regensburg und ist gewähltes Mitglied im Vorstand des Bundes demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi).**

Cafe Erdreich: Protest lohnt sich



Im Oktober letztens Jahres gab die Univerwaltung online bekannt, dass Studi-Café Erdreich durch einen „modernen Lernraum“ ersetzen zu wollen. Die drei das Café nutzenden Fachschaftsinitiativen Geotechnologie, Materialisten (Werkstoffwissenschaften) und BLuB (Bio-, Lebensmittel- und Brauerei- und Getränketechnologie) hätten damit ersatzlos ihren gemeinsamen Fachschaftsraum verloren.

Die Universität begründet ihren Schritt damit, dass das Bezirksamt sich wegen „illegaler Nutzung“ des Erdreichs durch Schankbetrieb eingeschaltet habe. Ferner hätte das Erdreich auf Beschwerden der Uni-Leitung aus dem Juni 2015 nicht reagiert.

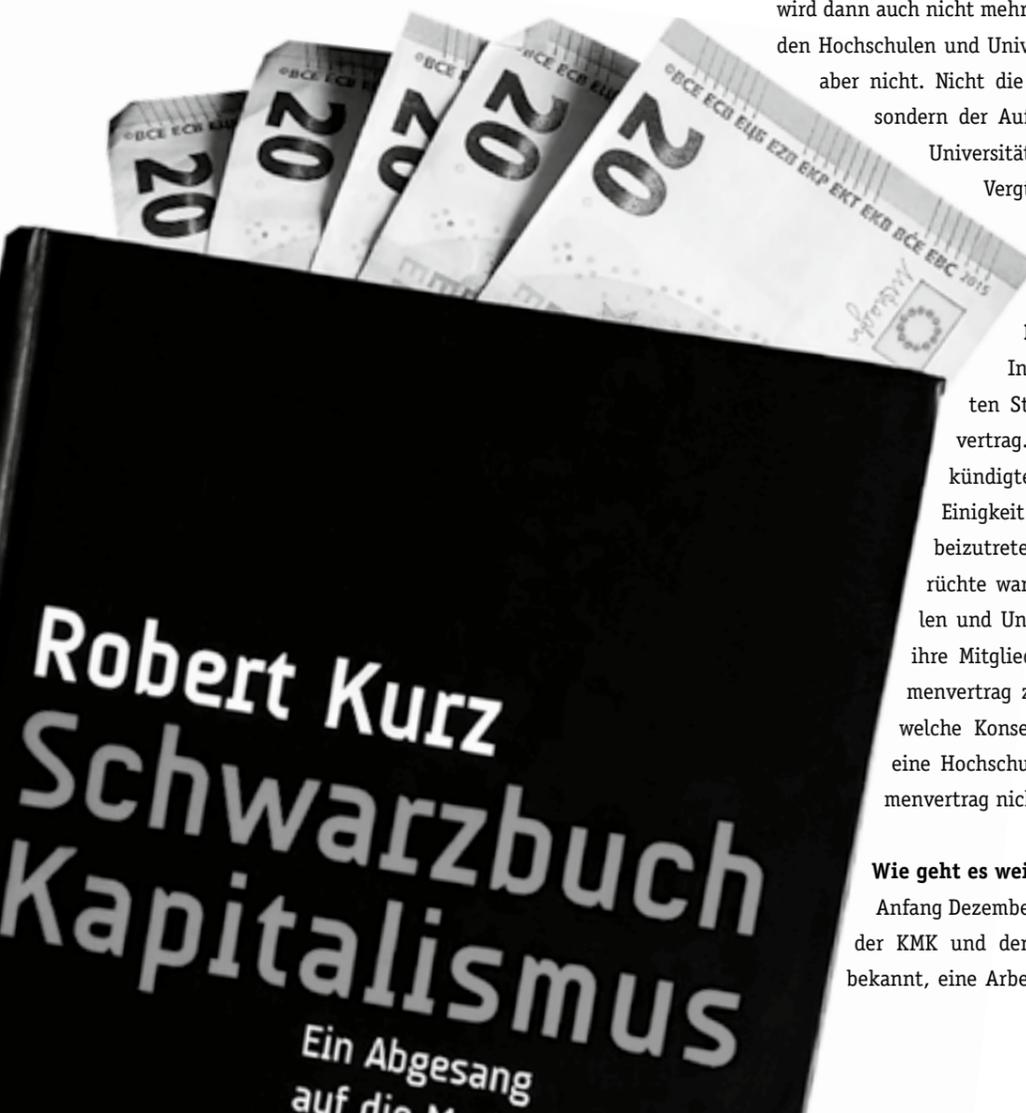
In Wahrheit allerdings hatte das Erdreich seit Sommer 2015 sein Nutzungsverhalten angepasst und den Dialog mit der Uni-Leitung gesucht. Nur: Die Uni antwortete über ein Jahr nicht auf das Gesprächsangebot. Erst am 7. Oktober 2016 ließ Martin Schwacke, Leiter des Gebäude- und Dienstemanagements der TU, wieder von sich hören und erklärte den sofortigen Raumentzug. Innerhalb einer Woche seien die Flächen zu räumen.

Das Erdreich befindet sich direkt am U-Bahnhof Ernst-Reuter-Platz. Die TU Berlin möchte sich hier mit neuen repräsen-

tativen Räumlichkeiten stärker zur Stadt öffnen. Von Studierendenvertreter*innen darauf angesprochen, ob der Raumentzug fürs Erdreich in Zusammenhang mit dem Prestigeprojekt stehe, antwortete Schwacke, dass demnächst Flächen neben dem Erdreich für ein kommerzielles Café ausgeschrieben werden sollen.

Bereits im Mai 2015 richteten 31 studentische Initiativen, Fachschaften und Cafés einen offenen Brief an Präsident Thomsen, da sie die Verdrängung von studentischem Engagement durch kommerzielle Verwertung des universitären Raums befürchteten. Auf einer folgenden Kuratoriumssitzung sagte Thomsen zu, bei Problemen zuerst das Gespräch mit den jeweiligen studentischen Nutzer*innen zu suchen. Dies ist im Fall des Erdreichs nicht geschehen.

Nach Protesten der betroffenen Fachschaften, dem AstA und Unterstützer*innen – online, schriftlich, mit Stickern auf dem Campus und einem persönlichen Besuch in der Verwaltung – gewährte die Unileitung dem Café zunächst einen Aufschub. In einem anschließenden Gespräch mit Präsident Thomsen wurde eine Weiternutzung als Fachschaftsraum genehmigt. Außerdem sollen mögliche Alternativräume für den Cafébetrieb gefunden werden.



Architektur - Lehre zu Beginn des 21. Jahrhunderts

DIE POLITISCH-VERORDNETE ÖKONOMISIERUNG DER HOCHSCHULE HAT AUCH DIE ARCHITEKTURLEHRE VOR NEUE HERAUSFORDERUNGEN GESTELLT. TEXT: ARCHITEKTUR-INI

Am Institut für Architektur (IfA) der TU-Berlin wurden in den letzten Jahren ca. 20% Lehrpersonal eingespart. In der Folge sind einige Fachgebiete gestrichen worden und andere wurden so weit zusammengekürzt, dass sie nur noch durch (unbezahlte) Überstunden am Laufen gehalten werden können.

Die aktuelle Diskussion um die Abschaffung der Modellbaulehre und die Einrichtung eines FabLab's¹ zeigen schlaglichtartig die Absurditäten der aktuellen Hochschulpolitik und wie diese die Architekturlehre gefährdet.

Die staatlich forcierten „Umstrukturierungsmaßnahmen“ der letzten Jahre führten am IfA unter anderem zu der Entscheidung, den Architekturmodellbau, der derzeit noch ein eigenständiges Lehrmodul ist, abzuschaffen. Die Begründung: Irgendwo müsse gekürzt werden und der Modellbau würde weder forschen noch genügend Drittmittel einwerben. Für uns Studierende entfällt damit nicht nur ein sehr beliebtes Studienangebot, sondern die konkrete Lehre. Und das obwohl das gebaute Modell für den architektonischen Entwurfs- und Diskussionsprozess elementar ist.

Bei einer studentischen Vollversammlung des Instituts wurde deutlich, dass die Mehrheit der Studierenden diesen Schritt ablehnt. Trotz des Widerspruchs der Studierenden ist bis heute kein Ersatz für den Wegfall der Modellbaulehre absehbar.

Stattdessen wird uns die zukünftige Einrichtung eines FabLab's als Ersatz präsentiert. Zwar gibt es derzeit ein Raumkonzept für das

FabLab, was jedoch fehlt, ist ein Konzept dafür, wie dieses effektiv genutzt werden kann. Weder die Frage wie die Maschinen betreut werden (und damit für Studierende nutzbar sind) ist derzeit geklärt, noch die Frage wie die Studierenden befähigt werden diese zu nutzen. Denn in der letzten Kürzungsrunde ist nicht nur der Modellbau gestrichen worden sondern auch das für die „Einführung in CAD“ zuständige Fachgebiet, welches den Studierenden die notwendigen Software-Grundkenntnisse vermittelt. Nur eine Frage für das FabLab scheint bereits geklärt: Eine analoge Modellbaulehre soll es nicht geben.

Pointiert lässt sich feststellen: Statt vielseitiger analoger Modelle mit professioneller Anleitung bauen wir in Zukunft (digitale) Modelle auf Maschinen, an die wir nicht herankommen, weil sie nicht betreut werden, und die wir nicht bedienen können, weil uns die notwendige Software nicht beigebracht wird. Schöne Aussichten...

Doch wie stellen wir Studierende uns ein Architektur-Studium im 21. Jahrhundert eigentlich vor? In erster Linie sollte das Studium uns ermöglichen unsere Fähigkeiten, Wünsche und Ideen selbstständig zu entwickeln. Das heißt für uns, dass es Angebote geben muss die die Grundlagen der verschiedenen Architektur-Praktiken, sowohl analog als auch digital vermitteln. Und zwar nicht nur theoretisch, sondern

auch praktisch. Wir denken, dass die Einrichtung eines effektiv nutzbaren FabLab's zwar die Modellbaupraxis unterstützen, jedoch nicht die Lehre ersetzen kann. Um die von uns geforderte Entscheidungsfähigkeit zu erlangen bedarf es einer gut aufgestellten und ausfinanzierten Grundlehre, welche auch die Grundlage für die Forschungsprojekte darstellt, mit denen sich unsere Uni so gerne schmückt.

Konkret heißt das:

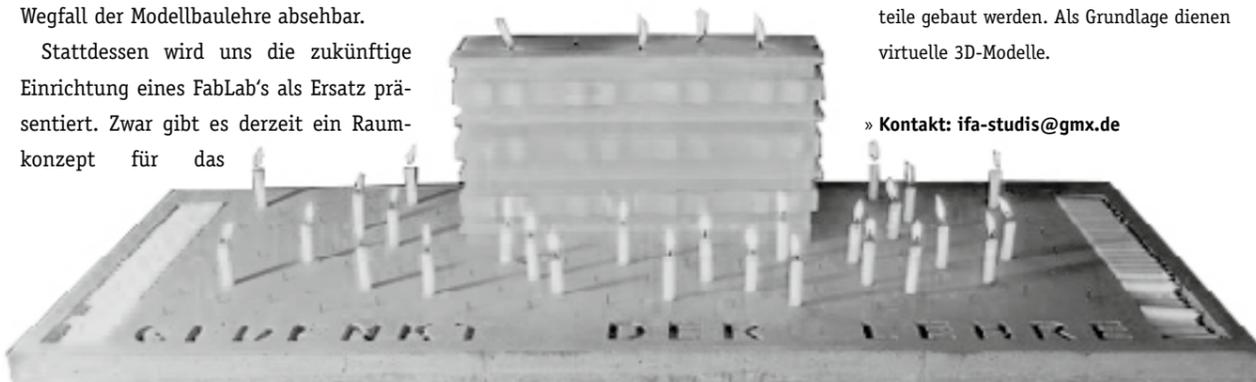
- » Rücknahme der Kürzungen am IfA
- » Höhere Betreuungsschlüssel, insbesondere in den Entwürfen
- » Aufstellung eines Softwarevermittlungskonzeptes und Einstellung der dafür nötigen Lehrkräfte
- » Erhalt der Modellbaulehre
- » Aufbau eines FabLab's mit ausreichend technischem Betreuungspersonal
- » Abschaffung der versteckten Studiengebühren („Tischgebühren“)

Dafür fordern wir vom Berliner Senat:

- » Ausfinanzierung der Grundlehre
- » Reduzierung der Abhängigkeit von Drittmittelprojekten
- » Förderung finanziell schwacher Studierender durch regelmäßige BAFÖG-Erhöhungen und den Ausbau des Sozialen Wohnungsbaus

¹⁾ ein FabLab ist quasi eine „digitale Werkstatt“ in der Hilfe von z.B. 3D-Druckern und CNC-Fräsen physische Modelle und Modellteile gebaut werden. Als Grundlage dienen virtuelle 3D-Modelle.

» Kontakt: ifa-studis@gmx.de



Die Initiative für einen neuen studentischen Tarifvertrag wirbt seit etwa einem Jahr für einen Arbeitskampf der studentischen Beschäftigten in Berlin. Seit 16 Jahren gab es keine Lohnerhöhung mehr, jetzt soll es neue Verhandlungen geben. Ein Interview mit der Initiative TVStud

AI: Ihr habt letztes Jahr eine Umfrage unter studentischen Beschäftigten in Berlin gemacht. Was ist dabei herausgekommen?

TVStud: Die Umfrage war sehr erfolgreich, es haben gut 2000 studentische Beschäftigte daran teilgenommen. Es kam kaum überraschend heraus, dass der wichtigste Punkt die Lohnerhöhung ist. Nicht weit gefolgt von der Dynamisierung. Das bedeutet, wenn die anderen Beschäftigten der Hochschulen Lohnerhöhungen bekommen, dann wollen wir diese auch bekommen. Das hatten wir jahrelang, jetzt wollen wir es zurück. Über 80% der Befragten fordern eine Lohnerhöhung und auch die Dynamisierung. Nur ca. 10% der Befragten gaben an gewerkschaftlich organisiert zu sein. Leider lässt das aber auch vermuten, dass es insgesamt deutlich weniger sind. Genauere Daten kann man unserer Homepage entnehmen.

AI: Auf eurer Homepage gibt es inzwischen eine Sammlung von Forderungen an unsere Arbeitgeber. Wie habt ihr entschieden was gefordert wird und was nicht?

TVStud: Alle Interessierten haben und hatten immer die Möglichkeit sich mit einzubringen und für eigene Forderungen einzustehen. Einige der Forderungen die wir der Umfrage entnommen haben, haben es schlussendlich auch in das Forderungspapier an die Hochschulen geschafft. Dabei musste auch immer bedacht werden welche Konsequenzen die Forderungen haben und in wie weit wir so etwas überhaupt in einem Tarifvertrag regeln können, bzw. ob es genug Rückhalt in der Studierendenschaft gibt so etwas überhaupt durchzusetzen.

AI: Gemeinsam mit der GEW und ver.di habt ihr eine Kampagne gestartet um den Organisationsgrad unter den Beschäftigten zu

erhöhen. Euer Ziel waren 1000 Gewerkschaftseintritte. Habt ihr das Ziel erreicht? Wie waren die Reaktionen auf die Kampagne?

TVStud: Die Reaktionen auf die Kampagne waren zu sagen wir mal 99% positiv. Viele wussten bisher gar nicht dass sie nach einem Tarifvertrag bezahlt werden und schon gar nicht dass seit über 16 Jahren nichts passiert ist. Wir mussten also erst mal eine Menge Aufklärungsarbeit leisten. Das Ziel ist noch nicht ganz erreicht, aber wir haben schon jetzt über 850 studentische Beschäftigte organisiert. Wir wollen bis zum Ende diesen Monats die 1000 voll machen und halten das auch für realistisch. Wer also immer noch drüber nachdenkt, hör auf mit denken und füll den Zettel oder das Onlineformular aus und schick es endlich ab! Jetzt ist genau der richtige Zeitpunkt diese Kampagne zu unterstützen und deine Solidarität zu zeigen.

AI: Das erste Gespräch mit den Vertretern der Gegenseite hat Ende Februar stattgefunden. Wie ist der weitere Zeitplan? Auf was können sich streit- bzw. streiklustige studentische Beschäftigte einstellen?

TVStud: Bei unserem ersten Gespräch wurden hauptsächlich Termine für folgende Gespräche gesucht, aber ein ganz wichtiger Punkt wurde geklärt: Auch die Hochschulen sind bereit zu Verhandlungen und wollen diese auch führen. Auch wenn sie das nicht gerne Tarifverhandlungen nennen. Studentische Beschäftigte, die sich am Arbeitskampf beteiligen wollen können zum einen schon mal mit ihren Kolleg*innen sprechen und diese motivieren sich mit der TVStud Kampagne auseinanderzusetzen und Gewerkschaftsmitglieder zu werden. Desweiteren planen wir gerade viele lustige, laute und je nach Reaktion der Hochschulen mehr oder weniger eskalierende Aktionen. Die wichtigsten Termine die schon feststehen sind der 5. April und der 11. Mai, denn dann finden die nächsten Gespräche statt. Also haltet euch bereit, sammelt eure Kräfte, ab April gehts dann richtig los.

» Mehr Infos und aktuelle Termine findet ihr unter: tvstud.berlin und fb.com/tvstud.berlin



Unter_bau oder der Optimismus

BERICHT ÜBER DIE GRÜNDUNG EINER TRANSFORMATIONSORGANISATION TEXT: REFERAT FÜR HOCHSCHULPOLITIK

Seit dem Wochenende vom 18. bis 20. November ist es offiziell: An der Goethe-Universität gibt es eine neue Gewerkschaft. Auf einem Kongress, der im Festsaal des Studierendenhauses in Frankfurt-Bockenheim stattfand, konstituierte sich feierlich eine Hochschulgewerkschaft, die sich für die Goethe-Universität und zusammenhängende Dienstleistungsbetriebe zuständig sieht.

Die Programmschrift der neuen basisdemokratischen Gewerkschaft beginnt mit einer Feststellung: „Wir leben sicher nicht in der besten aller möglichen Welten.“ Eine Feststellung, zu der, seit Voltaire sie seinen tragischen Anti-Helden Candide hat machen lassen, jede Generation von neuem gelangen muss. Sie stand auch am Beginn der großen Studierendenrevolte der 1960er Jahre. In der BRD die Verachtung für die NS-Vergangenheit der eigenen Eltern und der politischen und akademischen Elite, in den USA der Verlust des Glaubens in die eigene moralische Überlegenheit und die Empörung über die Verwicklung der Universitäten in imperialistische Kriege. Was einen heute so alles aus der Illusion reißt, man lebe in einer guten Welt, muss nicht extra erwähnt werden. Damals wie heute folgt daraus eine weitere Feststellung: Wir studieren, lehren und arbeiten nicht in den besten aller möglichen Hochschulen! Unter_bau hat sich vorgenommen, hieran etwas zu ändern.

Das, wogegen sich unter_bau auflehnt, scheint allmächtig, denn es geht nicht bloß gegen die „unternehmerische Universität“. Dieses mehr schlecht als recht durchgesetzte neue Modell der Hochschule, welches die Uni zu einem marktwirtschaftlichem Betrieb und die Studierenden zu dessen Kund_innen (und dessen Produkten) macht, ist nicht zu lösen aus seinem globalen und gesamtgesellschaftlichem Zusammenhang. Auch unter_bau hat dies erkannt und sieht seine gewerkschaftliche Arbeit nur dann als sinnvoll, wenn der Horizont einer anderen, besseren Gesellschaft nicht aufgegeben wird. Dass die Universität sich als Ausgangspunkt einer Transformation der ganzen Gesellschaft gut eignet, dafür spricht für unter_bau einiges. Wie geforscht, wie gelehrt und gelernt wird, hat eine große Auswirkung auf den Rest der Gesellschaft. Beinahe 50% aller Schulabgänger_innen studieren mittlerweile. Würden die Universitäten diese Chance nutzen und ihren Studierenden eine echte Bildung zukommen lassen, das heißt die Bildung zu kritischen, selbstbestimmten Subjekten, dann wäre viel getan.

Auf der Suche danach, wie eine solche Hochschule aussehen könnte, ist man ohne historisches Vorbild. Wie schon die Studierenden der 60er Jahre lehnt man einerseits die alte Ordinariuniversität und deren falsches Verständnis von der Freiheit der Wissenschaft als unengagierte Weltferne, als auch deren drohende Trans-

formation im wirtschaftsliberalem Sinne ab. Gegen diese zweite Tendenz erscheint heute die, auch durch Studierendenproteste erkämpfte, Gruppenuniversität als Pyrrhussieg. War die unternehmerische Universität in den 60ern mehr Drohung als Realität, ist sie heute allgegenwärtig und ein Diskurs über die Hochschule jenseits einer ökonomischen Effizienzlogik völlig verschwunden.

In dieser ganz und gar nicht revolutionären Zeit ist sich auch unter_bau den schlechten Aussichten seines Kampfes bewusst und setzt auf den Aufbau von Strukturen, die bleiben, statt auf blinden Aktionismus, auf einen langfristig angelegten Prozess der Transformation, statt auf die spontane Revolution und unterscheidet sich darin dann doch von so manchen Vorstellungen der 68er. Die Antwort die unter_bau auf die Malaise der Universität findet, ist die einer Gewerkschaft neuen Typs. Eine Gewerkschaft, die die Interessen aller (mit Ausnahme der Professor_innen) an der Hochschule Arbeitenden, einschließlich extern Beschäftigter (etwas Securities), vertritt und sich so gegen die Vereinzelung in viele unternehmerische Selbst und die Entsolidarisierung der verschiedenen Gruppen an der Hochschule stellt. Eine Gewerkschaft, die basisdemokratisch organisiert ist und so ihrer Bürokratisierung entgegenwirken möchte und in der die Perspektiven und das Wissen aller durch sie Vertretenen mit einfließt. Eine Gewerkschaft, die flexible



Strukturen hat und somit nicht von der Arbeit einzelner weniger abhängt und die so auch langfristig die Bedingungen für ihr eigenes Bestehen reproduzieren kann.

Um eine solche Gewerkschaft ins Leben zu rufen, haben sich um die Einhundert Menschen im Studierendenhaus der Goethe-Universität zusammengefunden. Was zunächst wenig klingt, ist, angesichts der an Universitäten extrem niedrigen Zahl der in Gewerkschaften organisierten Arbeitnehmer_innen, gar kein schlechter Anfang. Dass dies dennoch in keinem Verhältnis zur langfristigen Vision von unter_bau steht, ist allen Beteiligten klar. Mit dem denkbar höchsten Anspruch endet die Programmschrift von unter_bau: „Als bewusst eingebundener Teil der Gesellschaft, soll die Hochschule des unter_bau Keimzelle rätedemokratischer Strukturen sein, die in der Schale der alten Verhältnisse heranreifen, um sich von diesem engen Gehäuse zu befreien und darüber hinauszuwachsen.“

Die Argumente dafür, dass genau das nicht klappen kann, kommen ebenfalls aus Frankfurt. Niemand geringeres als Teddy Adorno verkündete in einem Radiointerview von 1967, dass es nicht nur aussichtslos, sondern auch ein Fehler sei, zu versuchen die Gesellschaft von der Universität her zu verändern, da dies die „herrschende Rancune gegen die Sphäre des Intellektuellen verschärfen wird, und damit der Reaktion den Weg bahnen [...]“ würde. Auch die geistigen Nachfolger_innen dieses, auf den Campi der Goethe-Universität allgegenwärtigen, Denkers waren auf dem Gründungskongress anwesend. Auf der Podiumsdiskussion über Strategien gegen die neoliberale Hochschule wiesen die Vertreter_innen vom „Forum kritische Wissenschaften“ erbarmungslos auf die Widersprüche des Unterfangens von unter_bau hin. Die Unterschiede im Habitus, der sozialen und ökonomischen Lage zwischen einer Promovendin und einem Security seien einfach zu groß. Unter_bau negiere die fundamentale Differenz zwischen Kopf- und Handarbeit und ob man

denn glaube, eine Putzkraft etwa könne an den Zielen oder den Weiterbildungsmaßnahmen der neuen Gewerkschaft überhaupt interessiert sein. Ohnehin sei die Universität nicht aus ihrem gesamtgesellschaftlichen Kontext zu lösen und eine Veränderung hier, ohne eine Veränderung überall, nicht denkbar.

Die Einsprüche wiegen schwer, aber die Programmschrift von unter_bau zeigt, dass hierüber kein mangelndes Bewusstsein herrscht. Man sieht die komplizierte Verflechtung der Universität mit anderen Bereichen der Gesellschaft, man ist sich den unterschiedlichen, manchmal konträren Interessen und Lebenswirklichkeiten der verschiedenen Gruppen an der Uni bewusst, man erkennt, dass auch unter_bau nicht einfach partiell und kurzfristig das herrschende neoliberale Dispositiv, das von Sexismus und Rassismus geprägt ist, außer Kraft setzen kann und doch will man einen, wenn auch kleinen, Anfang machen, will Vorbild und Keimzelle einer besseren Gesellschaft werden. Argumente dafür, dass dies tatsächlich möglich sein kann, finden wir bei Adornos Freund und geistigen Gegenspieler Herbert Marcuse. [...]

In einem Interview mit dem Spiegel von 1969 beschreibt Marcuse, wie eine Organisationsform aussehen muss, die der spätkapitalistischen Organisation und Repression noch etwas entgegensetzen kann. Diese müsse sich auszeichnen durch „äußerst flexible, veränderbare Methoden der Zusammenarbeit, die die Initiative von unten artikulieren und auf bestimmte politische Ziele ausrichten können. Das heißt, aus der Spontaneität müssen Formen der Organisation hervorgehen, die dann ihrerseits wieder die Spontaneität beeinflussen und in eine bestimmte Richtung lenken können, die über den lokalen Anlass und die lokale Zielsetzung politisch hinausführen.“ Wem das zu abstrakt ist, die/der muss nach Frankfurt am Main schauen, denn dort wird im Moment der Versuch unternommen genau eine solche Organisationsform Realität werden zu lassen.

Arbeitskonflikt endet mit Vergleich

Auf die Probleme von universitär beschäftigten Promovent*innen machte unlängst ein Fall an der TU aufmerksam. Zwei Doktorantinnen in einem Forschungsprojekt der TU beklagten sich über unregulierte Arbeitszeiten und mangelnden Arbeitsschutz. Als die Projektleitung nicht auf ihre Beschwerden einging und statt dessen Druck auf die Angestellten ausübte, suchten sie Hilfe bei der Universität – leider vergeblich. Mithilfe der Freien Arbeiterunion (FAU) Berlin klagten sie schließlich vor dem Arbeitsgericht und erhielten Schadensersatz. Der ebenfalls geforderten Versetzung innerhalb der TU wurde nicht statt gegeben.

Laut der FAU Berlin zeigt der Fall grundsätzliche Probleme im akademischen Sektor auf: Eine hohe Abhängigkeit von Betreuer*innen, die gleichzeitig Vorgesetzte sind und von deren Wohlwollen letztlich die eigene akademische Zukunft abhängt sowie den Unwillen bzw. die Unfähigkeit der Universität in solchen Fällen Partei zu ergreifen.

» Das Internetportal labournet.tv hat einen Kurzfilm produziert, in dem die Betroffenen von ihren Erfahrungen berichten: labournet.tv/node/7061



Den Fahrschein bitte!

„SCHWARZFAHRERSTATISTIKEN“ WERDEN IMMER WIEDER ZUR BEGRÜNDUNG HERANGEZOGEN WENN MEHR KONTROLLEN IM ÖPNV UND HÄRTERE STRAFEN GEFORDERT WERDEN. BERLIN GILT DABEI ALS „HAUPTSTADT DER SCHWARZFAHRER“. EINE DISKURSKRITIK.

TEXT: FACHAUSSCHUSS VERKEHRSKONZEPT UND SEMESTERTICKET

Wer ohne Fahrausweis den ÖPNV nutzt und in einer Fahrscheinkontrolle keinen entsprechenden Beleg vorweisen kann, wird mit einem sogenannten erhöhtem Beförderungsentgelt (EBE) belegt. Nachdem das EBE 2015 bundesweit von 40 auf 60 Euro erhöht wurde, brachte die WirtschaftsWoche im August 2016 den Artikel „Höhere Strafe schreckt Schwarzfahrer nicht ab“ heraus. Der Berlin-Korrespondent der Zeitung fragte bei den Verkehrsunternehmen der größten Städte in Deutschland nach, wie sich der Anteil der Schwarzfahrerquote 2015 im Vergleich zum Vorjahr verändert hatte. Demnach war der Anteil der Fahrgäste ohne gültigen Fahrausweis in Berlin mit 6% am Höchsten. Der bundesweite Schnitt lag bei 2,6%. Duisburg war mit 4,3% abgeschlagen zweitplatzierte. Weiterhin behauptete der Artikel, dass dadurch ein wirtschaftlicher Schaden von bundesweit 250 Millionen Euro entstanden sei.

RBB-online, der Tagesspiegel und weitere Berlin-Brandenburger Pressemedien druckten die Meldung der WirtschaftsWoche unter dem Titel „Berlin hat die meisten Schwarzfahrer“ ebenfalls ab. Die Berliner Morgenpost titelte: „Berlin ist laut Umfrage auch Hauptstadt der Schwarzfahrer“ während die Berliner Zeitung in ihrer Überschrift sogar auf die Quelle hinweist: „BVG: Berlin hat bundesweit die mit Abstand höchste Schwarzfahrerquote“. Die betrachteten Artikel wurden meist unter der Thematik Wirtschaft veröffentlicht und auch der Hinweis auf den entstandenen wirtschaftlichen Schaden fehlte nie.

Vielleicht liegt es am selbstironischen und pragmatischen arm-aber-sexy-Lokalpatriotismus in den zitierten Redaktionen, dass die Zahlen der BVG und die Art und Weise der Datenbeschaffung („Habt ihr mal ‘ne Zahl für uns?“) nicht kritisch hinterfragt werden bevor man die nächste Schlagzeile im Superlativ raushaut.

Zahlen bitte!

Das erste Problem mit den verwendeten Zahlen ist, dass von den Angaben der BVG auf die „Schwarzfahrerquote“ von Berlin

geschlossen wird. In Berlin bietet aber mit der S-Bahn-Berlin GmbH noch ein zweites Verkehrsunternehmen innerstädtischen Nahverkehr mit nennenswerten Fahrgastzahlen an. Bereits am 11.02.2016 beantworteten sowohl die BVG als auch die S-Bahn Berlin eine schriftliche Anfrage im Berliner Abgeordnetenhaus zum Thema „Schwarzfahren 2015“. Da alle Nutzer*innen des Berliner ÖPNV sowohl das Angebot der BVG, als auch der S-Bahn nutzen dürften, haben wir die Zahlen aus der Anfrage einfach mal zusammengefasst. Zwar bleibt Berlin für das Jahr 2015 dann mit 4,72% weiterhin die Hauptstadt der fahrscheinlosen ÖPNV-Nutzer*innen, doch die außergewöhnliche Abweichung vom bundesweiten Durchschnitt relativiert sich. Im Vergleich zu 2014 sind die Quoten bei S-Bahn und BVG demnach sogar gesunken.

	2015	BVG	S-Bahn	Beide
Fahrscheinkontrollen		5 475 659	8 669 151	14 144 810
ohne gültiges Ticket		326 545	340 663	667 208
Quote 2014		7,00	4,24	k.A.
Quote 2015		5,96	3,93	4,72

Berlin – die New England Patriots der Beörterungerschleichung?

Wenn S-Bahn Berlin und BVG ein gemeinsames Verkehrsnetz bilden, bleibt allerdings die Frage, warum ihre Beanstandungsquoten dann unterschiedlich hoch sind. Eine naheliegende Vermutung ist, dass die von der BVG beauftragten Kontrolleure weniger kulant und aggressiver bei der Jagd auf Nutzer*innen ohne Fahrschein sind als die der S-Bahn Berlin. Diese Schwankung im Umgang mit kontrollierten Fahrgästen ist auch einer der Faktoren, die einen bundesweiten Vergleich, wie ihn die WirtschaftsWoche angestellt hat, prinzipiell fragwürdig machen.

Weiterhin ist zu berücksichtigen, dass auch die Nutzer*innen unter die Beanstandungsquote fallen, die eine Zeitfahrkarte besitzen (Monatskarte, Abo, Semesterticket), diese aber nicht dabei haben. Wer die Monatskarte beim Frühlingbummel in der Wintermanteltasche vergisst, fällt also ebenfalls in die Statistik. Die Fallzahl der Beanstandungen wird zu Erschleichungen von

Dienstleistungen umgedeutet. Obwohl umgangssprachlich ein*e Abonent*in niemals als „Schwarzfahrer*in“ angesehen wird.

Die S-Bahn Berlin erklärt in der oben genannten Anfrage, dass 62% der EBE-Forderungen im Jahr 2015 nicht ausgeglichen wurden. Einer der angegebenen Gründe waren „Sachverhalte nachträglicher Vorlage und möglicher Kulanzentscheidungen“, durch die dem Verkehrsunternehmen kein wirtschaftlicher Schaden entsteht. Auch hier ist unklar welchen Anteil an der Beanstandungsquote diese Fälle haben und ob sie bei anderen deutschen Verkehrsunternehmen ebenfalls in die Schwarzfahrquote mit einfließen.

Wirtschaftlicher Schaden für wen?

Gleichzeitig sorgen Kontrollen für jede Menge Ärger bei Fahrgästen, nicht nur durch verlorene Zeit bei den immer häufiger werdenden flächendeckenden Bahnsteigkontrollen. Anfang 2017

berichteten beispielsweise mehrere Medien, dass in Berlin gegen S-Bahn-Kontrolleure ermittelt wird, die Fahrgäste gezielt ausgesucht und unter Druck gesetzt haben sollen. Auch über „racial Profiling“ bei Fahrkartenkontrollen wurde bereits berichtet. Und schließlich sorgt der Tatbestand der Dienstleistungerschleichung dafür, dass jedes Jahr dutzende zahlungsunfähige Nutzer*innen im Knast landen (2015 saßen knapp 15% der Häftlinge in der JVA Plötzensee wegen Dienstleistungerschleichung).

Da die meisten regelmäßig von Kontrollen betroffenen Nutzer*innen auf die öffentlichen Verkehrsmittel angewiesen sind, dürfte diese Praxis kaum einen wirtschaftlichen Schaden für die Verkehrsbetriebe nach sich ziehen. Vertritt man aber die Sichtweise, dass der ÖPNV vor allem eine öffentliche, also der Allgemeinheit dienende Einrichtung sein sollte und nicht ein Markt, auf dem einzelne Unternehmen gegeneinander konkurrieren, ist dies ohnehin der falsche Maßstab.

Rechtswidrig: Kontrolleure ziehen Studierendenausweise ein

Seit Anfang des Jahres werden Studierenden bei Kontrollen im Berliner Verkehrsnetz der Studierendenausweise abgenommen. Begründet wurde dies mit Unstimmigkeiten beim Ausweis oder dem Semesterticketaufkleber. Als Grundlage wurden die Beförderungsbedingungen des VBB (Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg) genannt, nach denen dieser das Recht habe, von ihm ausgestellte Fahrausweise einzuziehen.

Euer Studierendenausweis ist allerdings KEIN Ticket des VBB. Er ist Eigentum der TU und dient nicht nur als Fahrschein, sondern auch als Bibliotheksausweis sowie zum Identitätsnachweis zur Anmeldung und Durchführung von Prüfungen.

Wir empfehlen: Gebt euren Studierendenausweis niemals ab! Dasselbe gilt für den Semesterticketaufkleber, da dieser belegt, dass ihr aktuell eingeschrieben seid.

Alles was die Kontrolleure von euch verlangen dürfen, ist dass ihr euren Namen und eure Adresse angebt. Der Grund für die Beanstandung wird vom Kontrolleur in einem Prüfprotokoll vermerkt und steht auch auf eurer Quittung. Prüft direkt ob das Protokoll den Tatsachen entspricht und besteht auf einer korrekten Schilderung.

Der VBB ist sich dem Problem bewusst, besteht aber auf die neue Praxis. Sowohl das Semesterticketbüro des AStA als auch die Universitätsverwaltung versuchen derzeit auf den VBB einzuwirken dies zu unterlassen.

Seit 1. Januar: Aufatmen für Vergessliche

Bis zum 1. Januar 2017 musstet ihr nach den alten Beförderungsbedingungen¹ 60,- Euro zahlen, wenn ihr innerhalb eines Jahres mehr als einmal euer Ticket bei einer Kontrolle vergessen hattet.

Nur beim ersten Vergessen wurde diese Strafe auf 7,- Euro reduziert, wenn ihr euer Ticket innerhalb einer Woche nachträglich vorzeigen konntet, obwohl die gesetzlichen Regelungen immer einer Reduzierung auf 7,- Euro vorschreiben.

Der AStA hat seit einem Jahr bei der BVG, S-Bahn und dem Berliner Senat darum gekämpft, dass auch in Berlin die gesetzliche Regelung gilt. Der ehemalige Verkehrssenator Andreas Geisel ließ damals erklären, es sei das gute Recht der BVG/S-Bahn, im Rahmen ihrer unternehmerischen Freiheit diesen Berliner Sonderweg zu gehen und keinesfalls rechtswidrig. Nun wurden zu Jahresbeginn die Beförderungsbedingungen² geändert. Bemerkenswert finden wir, dass in der Presseerklärung zu den Änderungen die Angleichung an die rechtliche Norm nicht erwähnt wird³. Auch wir haben davon nur zufällig erfahren. Vielleicht ist der BVG/S-Bahn doch aufgefallen, dass ihre unternehmerische Freiheit nicht grenzenlos ist.

» Jetzt gilt: Seit dem 1. Januar zahlt ihr immer 7,- Euro, wenn ihr euer Ticket nachträglich innerhalb einer Woche vorzeigt - auch wenn ihr besonders vergesslich seid und euer Ticket öfter zuhause lasst. Achtet trotzdem auf euer Ticket und achtet darauf, dass ihr nicht mehr als 7,- Euro zahlt. Wir wissen nicht, ob die Mitarbeiter*innen der BVG/S-Bahn schon wissen, was wir wissen

#wastun gegen Überwachung

Die Initiative #wastun gegen Überwachung setzt sich gegen Überwachung und Datenmissbrauch ein. Sie entstand Anfang 2014 in Berlin aus den ersten beiden Foren gegen Überwachung.

#wastun ist eine offene Gruppe für alle Menschen und kämpft auf kreative, friedliche und gewaltfreie Art und Weise für die Freiheitsrechte der Menschen im digitalen Zeitalter und eine Gesellschaft ohne Massenüberwachung.

Wir haben in den letzten 3 Jahren verschiedene Aktions- und Protestformen erprobt und durchgeführt, dazu gehörten u.a. die Protestreihe „BND-an-die-Kette“, welche in der arte-Reportage Schattenwelt BND zu sehen ist, als auch die Veranstaltungsform Lesen gegen Überwachung, die bereits bundesweit gemeinsam mit anderen überwachungskritischen Gruppen organisiert wurde. Seit Herbst 2016 sind wir in Friedrichshain im Hack- und Makerspace f2a_space anzutreffen, wo auch regelmäßig Crypto Parties zum Erlernen digitaler Selbstverteidigung sowie Freifunk-Treffen stattfinden. Dort planen und besprechen wir neue Aktionen und veranstalten unsere monatlichen Lesungen. Termine und weiterführende Informationen sind auf unserer Webseite zu finden.

» Mehr Infos unter [wastun.jetzt](#)

Gewonnene Einsichten: Prüfungsunterlagen

EINIGE FACHBEREICHE AN DER TU HABEN EIN MITUNTER EIGENARTIGES RECHTSVERSTÄNDNIS. WIE IHR DENNOCH AN EURE UNTERLAGEN KOMMT, ERKLÄREN WIR IM FOLGENDEN. TEXT: HOCHSCHULBERATUNG ASTA TU

Einige Fachbereiche an der TU haben ein mitunter eigenartiges Rechtsverständnis, wenn es um die Einsicht in Prüfungsunterlagen geht. Es wird gemauert, verzögert und am Ende doch abgelehnt. Dabei ist es euer gutes Recht Einsicht zu bekommen. Wie ihr dennoch an eure Unterlagen kommt, erklären wir im Folgenden.

Wenn Studierende Prüfungen schreiben, liegt es in der Natur der Sache, dass es sie auch interessiert, wie und warum welche Bewertung erfolgte. Hausarbeiten, Essays und ähnliche schriftliche Studienarbeiten werden üblicherweise mit (hoffentlich) ausführlicher Bewertung wieder zurückgegeben. Anders ist es bei Klausuren und mündlichen Prüfungen. Hier muss erst eine Einsicht in die Prüfungsunterlagen beantragt werden. Dies ist vor allem dann wichtig, wenn aus Fehlern gelernt werden soll oder sich das schlechte Abschneiden anhand der eigenen Erinnerung nicht erklären lässt. In der Regel erhalten Studierende entweder im Prüfungsbüro oder am Lehrstuhl, an dem die Akten liegen, unkompliziert Einsicht. Oft werden auch sogenannte allgemeine Einsichtstermine bekannt gegeben. Sie sind für die Hochschule ein probates Mittel, um den Strom an Einsichtswilligen zu kanalisieren.

Problematisch wird es nur, wenn die Einsicht verweigert wird. Grundsätzlich lässt sich festhalten, dass Studierende ein Einsichtsrecht in die Prüfungsunterlagen haben (§ 29 VwVfG). Wie sollen sie sonst feststellen, ob sie in ihren Rechten auf freie Berufswahl (Art. 12 I GG) oder Chancengleichheit (Art. 3 I GG) eingeschränkt wurden. Die Einsicht kann auch nicht verweigert werden, bloß weil es bereits einen oder mehrere Termine für die Einsicht in die Prüfungsunterlagen gab, die oft z.B. in der vorlesungsfreien Zeit liegen. Selbst das Anfertigen von Kopien durch die aktenführende Behörde (z.B. Prüfungsamt) ist möglich und auch

notwendig. Nur so ist es möglich, sich mit den Bewertungen grundlegend auseinanderzusetzen und sie auf ihren wissenschaftlichen Gehalt zu prüfen. Hierfür reicht natürlich auch ein Foto mit dem Handy. Gleiches gilt auch für das Prüfungsprotokoll bei mündlichen Prüfungen. Das heißt aber nicht, dass zu jeder Zeit sofort Zugang zu den gewünschten Unterlagen gewährt werden muss. Diese müssen teilweise erst zusammengesucht und bereitgestellt werden. Folglich muss mit einer Wartezeit gerechnet werden.

Wenn eine Nachfrage mündlich verweigert wird, muss ein schriftlicher Antrag (keine Mail) mit ausreichender Fristsetzung (zwei Wochen sollten mehr als genug sein) beim zuständigen Prüfungsbüro eingereicht werden. Dieser kann neben einem persönlichen Termin auch die Erstellung einer Kopie der Prüfungsunterlagen beinhalten. Die Hochschulberatung des AstA kann euch dabei unterstützen.

ACHTUNG: Eine verspätete Einsicht in Prüfungsunterlagen verschiebt grundsätzlich NICHT die Frist, um gegen fehlerhafte oder falsche Bewertungen vorzugehen. Deshalb solltet ihr euch nicht auf Termine im nächsten Semester u.ä. verträsten lassen.

Hochschulpolitisch sind solche Verweigerungen übrigens aus mehreren Gründen fatal. Eine Hochschule ist auch dazu da, dass Studierende etwas lernen. Das bedeutet, sie müssen wissen, auf welcher Grundlage und mit welcher Gewichtung das, was sie geschrieben haben, bewertet wurde. Nimmt die Hochschule den Studierenden die unkomplizierte Möglichkeit der Einsichtnahme oder schränkt sie so weit ein, dass der subjektive Aufwand für den die Studierende_n zu hoch wird, wird die Chance vergeben, dass sie aus ihren Fehlern lernen und sich so verbessern. Das kann zu schlechteren Noten, längeren Studienzeiten und/oder mehr Abbrüchen führen.



Keine Gnade für Härtefälle

WIE DER PRÜFUNGS-AUSSCHUSS INFORMATIK STUDIERENDE ABSERVIERT
TEXT: HOCHSCHULBERATUNG ASTA TU

Am 30. September 2016 ist, im Nachgang der Umstellung auf das Bachelor-Master-System, der Diplomstudiengang Informatik ausgelaufen.

All diejenigen die ihr Studium zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen hatten, konnten sich in den Bachelor(!) Informatik einschreiben und sich ihre Scheine anerkennen lassen. Alternativ bestand die Möglichkeit einen Härtefallantrag zu stellen um weiter im Diplomstudiengang studieren zu können. Für so einen Antrag müssen familiäre, gesundheitliche oder berufsbedingte Gründe nachgewiesen werden. Die Prüfung des Antrags geschieht durch den zuständigen Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss, der aus sechs Mitgliedern, einschließlich eines Studierenden, besteht, hat die Entscheidungsgewalt über jede prüfungsrechtliche Angelegenheit innerhalb eines Studiengangs und auch das Institut oder die Fakultät haben es sehr schwer sich in die Entscheidungen des Prüfungsausschusses einzumischen, geschweige denn dessen Entscheidungen rückgängig zu machen.

In der Vergangenheit war es bei anderen auslaufenden Diplomstudiengängen

üblich die Härtefallanträge ohne weiteres anzuerkennen, nicht so in der Informatik. Der Prüfungsausschuss Informatik unter der Vorsitzenden Frau Professor Glesner hat alle Härtefallanträge abgelehnt, obwohl auch einige Fälle mit sehr schwerwiegenden gesundheitlichen Gründen darunter waren. Auch Härtefälle aufgrund einer Schwangerschaft und der Sorge um Kleinkinder wurden abgelehnt – mit der Begründung, dass Kinder ein zeitliches Risiko für das Studium darstellen, das man einkalkulieren müsse.

Wir haben versucht dem politisch etwas entgegen zu setzen und haben im Akademischen Senat eine erneute Prüfung der Härtefälle verlangt. Leider konnten wir nur den Kompromiss aushandeln, dass die TU-Beauftragte für Studierende mit Behinderung und chronischen Krankheiten, Frau Rolfes, zukünftig beratend bei der Entscheidung über Härtefälle hinzugezogen werden soll.

Nachdem in einer weiteren Sitzung des Prüfungsausschusses Informatik, drei weitere Härtefallanträge abgelehnt worden sind ohne das dies geschah, folgte ein Gespräch mit dem Universitätspräsidenten Herr Professor Thomsen, der versprach

sich persönlich um die Umsetzung des Beschlusses zu kümmern.

Bei einer erneuten Nachfrage bei Frau Rolfes kurze Zeit später, stellte sich heraus, dass der Beschluss immer noch nicht umgesetzt wurde. Ihr sei lediglich die Möglichkeit eingeräumt worden, sich mit einer schriftlichen Eingabe an den Prüfungsausschuss zu wenden.

Der Prüfungsausschuss Informatik und seine Vorsitzende Glesner haben sich also über einen AS-Beschluss hinweggesetzt und zwar zu Schaden der Studierenden, und auch Präsident Thomsen scheint trotz seiner Zusage die ganze Angelegenheit nicht mehr interessiert zu haben.

Die meisten der Studierenden deren Härtefallantrag abgelehnt worden ist, befinden sich jetzt mit unserer Unterstützung in einem Klageverfahren gegen die TU. Im Mai diesen Jahres wird der Prüfungsausschuss Informatik im Fakultätsrat neu gewählt. Wir können nur hoffen, dass die Vertreter*innen dort nicht erneut einen Prüfungsausschuss unter dem Vorsitz von Frau Glesner wählen.

Wie politisch muss Universität sein?

ZUM STREIT UM DIE EHRENDOKTORWÜRDE DES TÜRKISCHEN MINISTERPRÄSIDENTEN AN DER TU BERLIN TEXT: REFERAT FÜR BILDUNGSPOLITIK

Im Sommer 2016 entdeckten wir zufällig, dass der türkische Ministerpräsident und die rechte Hand Erdogans, Binali Yıldırım, eine Ehrendoktorwürde der TU Berlin trägt. Schon kurz darauf folgte die erste Aufforderung zu deren Aberkennung durch die Kurdischen Gemeine Deutschlands.

2009 erhielt Yıldırım bereits eine Ehrenmedaille von der TU und im Herbst 2011 auf Vorschlag der Fakultät IV eine Ehrendoktorwürde. Ehrendoktorwürden so heißt es, ehren Wissenschaftler*innen für ihre besonderen, wissenschaftlichen Verdienste. Recht schnell wurde klar, welch ein Unfug das mindestens im Fall Yıldırims

gagement für den Ausbau der Kommunikationstechnologie gewürdigt. Es ist Yıldırım, der seit den Gezi Park Protesten 2013 regelmäßig die Kommunikation in der Türkei und im Besonderen der Opposition einschränkt. Twitter und andere Nachrichtendienste werden abgeschaltet, wenn es gerade politisch nicht passt.

Das Alles ist eingebettet in ein europäisches Trauerspiel und eine türkische Katastrophe: Für die Kurden, für die politische Opposition, für die Demokratie – für eine autonome Wissenschaft. Bereits vor, aber verstärkt nach dem Putschversuch im Juni 2016 und dem darauf folgenden Gegenputsch mit zehntausenden

Verhaftungen, der Schließung von zahlreichen Hilfsorganisationen, Bildungseinrichtungen und Redaktionen – u.a. der bekannten linksliberalen Zeitung Cumhuriyet.

Im ASTa bildeten wir einen Arbeitskreis Türkei. Das Ziel war es Öffentlichkeit zu schaffen, eine hochschulpolitische Debatte zu erzeugen und natürlich den Titel abzuerkennen. Der Brief und eine erste Pressemitteilung schlug Wellen. Es wurde klar, dass im Zuge der Entwicklungen in der Türkei großes Interesse an den Beziehungen der TU mit türkischen Institutionen besteht. Im November stellten wir Anträge zur Aberkennung im Akademischen Senat (AS) und im Kuratorium. Um unseren Forderungen Nachdruck zu verleihen organisierten wir gemeinsam mit Aktivist*innen aus Berlin und dem HDK Berlin-Brandenburg zunächst eine Veranstaltung im Rahmen der landesweiten Kampagne „Kein Schmutziger Deal mit der Türkei“. Zur Situation der Schulen und Hochschulen in der Türkei referierte Asli Vatansever von den Academics for Peace und Sakine Esen Yilmaz, Exil-Mitglied der türkischen Lehrer*innengewerkschaft Eğitim Sen, um auf die aktuelle Situation von Wissenschaftlicher*innen in der Türkei aufmerksam zu machen. Ihr Plädoyer: Die Wissenschaft darf zu den Säuberungen der türkischen Regierung und dem Krieg gegen Kurd*innen und die Opposition nicht schweigen.

Die Sitzungen im Kuratorium und dem Akademischen Senat ergaben dagegen ein ganz anderes, zunächst düsteres Bild. Die Universität argumentierte auf der einen Seite damit, dass man als Universität eine Verantwortung für die Studierenden und Lehrenden dort tragen würde und sich deshalb nicht zu weit auf dem Fenster gelehnt werden dürfe. Auch sei dies ja eine politische Äußerung und Wissenschaft müsse sich neutral verhalten. Zum Anderen wurde schnell klar, dass die Universität zwar munter Titel verteilt,

es jedoch keine saubere Rechtsgrundlage zur Entziehung gibt. Schlimmer noch – eigentlich gibt es auch keine genaue Regelung wie verliehen wird, sodass schnell klar wurde dass die Verleihung an Yıldırım 2011 eine politische und keine wissenschaftliche Entscheidung war.

Neben den zähen Verhandlungen, Gesprächen und dem hochschulpolitischen Alltag, entwickelte sich ein öffentliches Interesse. Nicht zuletzt wurde das Thema im Berliner Abgeordnetenhaus in der Wissenschaftsrunde von SPD, Grünen und Linke thematisierte.

Durch diese Aktivitäten wurde auch der Verband der Studierenden aus Kurdistan (YXK / JKK) auf uns aufmerksam. Kurzerhand planten wir eine gemeinsame Veranstaltungsreihe zur Geschichte und aktuellen Entwicklung der Konflikte in der Türkei, zu Unterstützer*innen des Regimes in Deutschland sowie zur kurdischen Kultur. Das unsere Aktivitäten weitere Wellen schlugen, zeigte sich als der konservative deutsch-türkische AKP Abgeordnete Mustafa Yenero lu und der Israelhasser und selbsternannte Journalist Martin Lejeune in verschiedenen Blogs und Zeitungen das Thema aufgriffen und das Bildungsangebot als Terrorpropaganda zu diffamieren versuchten. Ihnen stieß besonders auf, dass wir über den bundesweiten Moscheenverband DITIB und seine Verstrickungen mit der türkischen Regierung berichteten. Diese Veranstaltung wurde bereits an vielen anderen Universitäten organisiert allerdings in einigen Städten aufgrund von Drohungen kurzfristig durch die Universitätsleitungen verboten. So geschehen in Koblenz, Kassel und Frankfurt. Auch bei uns handelte die Uni schnell – doch entgegen unserer Erwartungen verbot sie die Veranstaltungen nicht. Sie erklärte

sie jedoch zu einem Sicherheitsrisiko. So wurde die Universität an vier Januarabenden zum Gefahrengebiet unter Polizeibeobachtung und mit einer selbst verursachten angespannten Stimmung.

Kurz darauf schaltete sich dann die Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke ein und unterstrich die Wichtigkeit der freien Meinungsäußerung an unserer Universität. Namhafte Wissenschaftler*innen unter anderem der ehemalige Vizepräsident der Universität Wolfgang Neef zeigten sich solidarisch mit der Aberkennung und unterschrieben eine Petition, die die Uni dazu aufforderte endlich zu handeln. Die politische Aufmerksamkeit war vorhanden – die Auseinandersetzung an der Universität wurde politisch.

Uns war bewusst, dass es auch innerhalb der Universität Menschen gibt die jegliche Konfrontation, und sei sie auch aus den schlimmsten Kreisen, vermeiden wollen. Natürlich immer unter dem Vorwand, dass Uni

nicht politisch sein dürfe. Ebenso zeigte sich, dass nicht alle Mitglieder der Universität einen Fehler öffentlich eingestehen wollten. Doch gerade weil diese Ehrungen für den ehemaligen Minister für Kommunikation und Infrastruktur nicht die einzigen Beziehungen der TU mit der Türkei sind, sind wir der Meinung, dass dazu nicht geschwiegen werden darf. Eine Reihe von Wissenschaftler*innen aus der Türkei lehrt in Berlin. Die TU betreut außerdem die Fakultät für Ingenieurwissenschaften der türkisch-deutschen Universität (TDU). Diese ist ein wissenschaftliches Prestigeobjekt von höchster Bedeutung in Istanbul, an welchem 35 deutsche Hochschulen und verschiedene Institutionen, wie der DAAD beteiligt sind. Hinzu kommen das Technologiezentrum GT-ARC und natürlich die unzähligen ERASMUS+ Austauschstudierenden in der Türkei und Berlin.



Bei einem AKP-Parteitreffen zeigt Yıldırım den Wolfsgruß - Erkennungszeichen der „Graue Wölfe“ genannten türkischen Rechtsradikalen



Protest gegen Yıldırims Ehrendoktorwürde

Nach unzähligen Sitzungen, Verhandlungen und öffentlichem Druck ist das Ergebnis eine Resolution. Pünktlich zu einem höchst umstrittenen Wahlkampfbesuch Yildirims in Oberhausen veröffentlichte die Pressestelle der TU das gemeinsame Statement des AS. Wer den diplomatischen Sprech kennt, kann erkennen das die Universität hier einen deutlichen Schritt gewagt hat, in dem sie statt allgemeiner Solidaritätsbekundungen sich nun direkt zu Yildirim äußerte und auch zu den – wenn der politische Zustand anhält – Wissenschaftskooperationen kritisch verhält. Sie positioniert sich deutlich hinter den Academics for Peace. Auch scheut sie sich nicht klare Worte zu den seit nunmehr fast zwei Jahren begangenen Verbrechen an Hunderttausenden Menschen in der Türkei zu finden. Und doch: Sie ringt sich nicht durch die Ehrendoktorwürde abzuerkennen.

Universität ist politisch. Als öffentliche Institution gerät sie jeden Tag aufs Neue in den Konflikt: Wenn sie internationale Kooperationen abschließt, wenn sie Dual-Use Forschung betreibt, wenn sie Ko-

operationen mit der Türkei und anderen zweifelhaften Bündnispartner*innen vorantreibt. Wissenschaft darf niemals losgelöst von den gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden.

Wissenschaft braucht demokratische Kontrolle und dafür ein demokratisches Umfeld. Erst Recht, wenn dreiviertel der Wissenschaft von privaten Geldgeber*innen finanziert wird und wenn Kooperationen mit Hochschulen abgeschlossen werden, deren Standorte in Bürgerkriegsländern liegen. Wenn die Mitglieder und Gremien der TU Berlin schweigen, dann machen sie sich mitverantwortlich. Aus Angst besser nichts zur Situation der Türkei zu sagen, hilft den dortigen Wissenschaftler*innen nicht. Was den Oppositionellen unseren kurdischen Freund*innen und kritischen Kommiliton*innen hilft, ist wenn sie merken das in Europa das Schweigen gebrochen wird, wenn der schmutzige Deal zwischen Merkel und Erdoğan fällt, wenn sich Institutionen wie die TU Berlin äußern und dabei auch eine gute Kooperation riskieren. Krieg zieht schließlich immer gewaltige und schmerzhaftige Folgen für alle Beteiligten nach sich.

Was bleibt nun nach all dem Stress und wie soll es weitergehen? Zunächst freuen wir uns, dass wir trotz unserer begrenzten Kapazitäten und Handlungsmöglichkeiten in Teilen der Unileitung und des Mittelbaus für ein kritisches Hinterfragen der eigenen Rolle im Bezug auf Kooperationen mit dem zunehmend autoritär agierenden Regime unter Präsident Erdogan sorgen konnten. Neben diesen eher unkonkreten Hoffnungen freuen wir uns aber vor allem, dass es einen engeren Austausch und Kooperationen mit den kurdischen und alevitischen Studierendenverbänden gab, die bei uns an der Universität aktiv sind. Das wollen wir auch in Zukunft beibehalten.

Wie es nun für den Arbeitskreis Türkei konkret weitergeht wissen wir nicht. Allerdings bleibt für uns die eigentliche Frage auch nach den Stellungnahmen und unzähligen Gesprächen mit verschiedenen Personen an der Universität unbeantwortet. Was sind rote Linien für internationale Wissenschaftskooperationen? Diese Frage wird sich auch nach dem 16. April, dem Tag des Referendums über das Präsidialsystem in der Türkei, erneut stellen.

Militärforschung an der TU geht weiter

Schon mehrfach mussten wir in der Vergangenheit feststellen, dass an der TU trotz Zivilklausel militärisch relevante Forschung stattfindet. Nun brachte eine kleine Anfrage der Abgeordneten Anja Schillhaneck im Berliner Abgeordnetenhaus neue Informationen zu Rüstungs- und Militärforschung an Berliner Unis.

Konkret wurde nach Kooperationen und Drittmittelverträgen mit der Bundeswehr, dem Verteidigungsministerium und Unternehmen im Bereich der Rüstungsforschung gefragt. Davon gab es an der TU Berlin insgesamt 48 Projekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 10 Millionen Euro in den letzten 10 Jahren. Laufende

Projekte werden 6 genannt.

Nicht alle davon verlassen den zivilen Rahmen, aber zumindest bei zwei der laufenden Projekte liegt die Vermutung nahe das hier Forschung für militärische Anwendungen betrieben wird. Ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) mit knapp 88 000 Euro bezuschusstes Verbundprojekt des Fachgebietes Computer Vision and Remote Sensing und der Universität der Bundeswehr München beschäftigt sich mit der Erkennung architektonischer Merkmale von Gebäuden für die automatische Erstellung dreidimensionaler Modelle. Beim Partnerinstitut in München fällt das Projekt unter den Schwerpunkt Automatische Objektextraktion aus Luft-

und Satellitenbildern, in der Praxis verfolgt man dort die Erstellung von 3D-Modellen zur Einsatzplanung für urbane Operationen. Technik für die Planung von Bundeswehreinheiten also.

Ein anderes Projekt bei dem das Fachgebiet IT-basierte Fahrzeuginnovationen gemeinsam mit der Airbus Deutschland GmbH und Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr in Hamburg forscht, wird mit rund 360 000 Euro vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördert. Die Beteiligten sowie die Tatsache, dass das BMBF schon seit längerem Millionen in diesem Bereich ausgibt, lassen eine Forschungsvorhaben im Bereich der Rüstung zumindest erahnen.

Birgit Vanderbeke: „Das Muschelessen“

EINE REZENSION.

Das Muschelessen oder der Tag, an dem ich beschlossen habe nur noch Bücher von Autorinnen* zu lesen

Nach einem langen Blick auf mein Bücherregal habe ich beschlossen den Frauen*anteil drastisch zu erhöhen. Wie kann es sein, dass da so viele alte Männer mit ihren Erzählungen und ihrem Wissen protzen und im Verhältnis nur so wenige Autorinnen? An der Qualität liegt das wohl eher nicht, sondern an Vermarktung, Märkten und bestimmt auch dem Patriarchat, dem Kapitalismus und so weiter.

In einem Akt des Empowerments geht es also los zum Buchladen. Eines der ersten Bücher, das mir in die Hände fällt: Das Muschelessen von Birgit Vanderbeke. Erschienen im Jahr 1990 schon fast eine antike Quelle, überzeugt der Klappentext: „Weil der Vater sich verspätet, kommen seine Frau und die beiden Kinder am gedeckten Tisch vor einem Berg Muscheln ins Gespräch. Der Vater wird besichtigt, seine Autorität erstmals in zweifel gezogen, und drei Stunden später ist der Patriarch gestürzt“.

Das Buch schafft es, auf 112 Seiten und in drei Stunden Erzählzeit die Abgründe einer Familie zwischen DDR und BRD, zwischen Wünschen und Realität, zwischen Misstrauen und Selbstzweifeln, zwischen Macht und Ohnmacht aufzuzeigen. Erzählt wird aus der Perspektive der Tochter, die sich erst langsam aus vorgelebten Rollenbildern befreit und doch mit knallharten Beobachtungen aus ihrem

Leben die innerfamiliären Machtstrukturen benennt. Doch erst als auch die Mutter sich dazu entscheidet, dass es so nicht weiter geht, ist alles möglich.

Am Abend ist mir klar: Muschelessen können in einem Akt des revolutionären Aufbegehrens enden und das Buch ist als kurze Lektüre zum Nachdenken nur zu empfehlen. Nur die Lust auf's Muscheln essen ist mir jetzt erstmal vergangen.



Das AStA-Info

Das AStA-Info wird semesterweise herausgegeben vom Allgemeinen Studierenden-ausschuss (AStA) der Technischen Universität Berlin, vertreten durch den*die Vorsitzende*n. Die Gestaltung erfolgt durch das Öffentlichkeitsreferat.

Die Artikel geben nicht zwingend die Meinung des AStA oder gar der ganzen Studierendenschaft wieder. Die Bildrechte verbleiben bei den Fotograf*innen.

Wenn ihr Artikel fürs nächste AStA-Info schreiben wollt, Anregungen oder Kritik habt, meldet euch beim Öffentlichkeitsreferat des AStA!

» asta.tu-berlin.de/asta/oeffref

Anschrift

» AStA TU Berlin (Sekt. TK 2)
Straße des 17. Juni 135
10623 Berlin

Web

» presse@asta.tu-berlin.de
» astatu.berlin
» twitter.com/astatu

Diese Ausgabe

» Redaktionsschluss: März 2017
» Drucklegung: 28. März 2017
» Druck: Dreigroschen Druck
» Auflage: 2000 Stück
» Umsetzung: Öffentlichkeitsreferat
» Dank an: Cado, Hannah, Ivo, Jojo, Joshua, Karlotta, Leo, Lion, Markus, Nick, Patty, Rico, Ruben, Stephan, Steffi, Sven, Tobi und all die Anderen

WORKSHOP-WOCHENENDE:

Als »asozial« stigmatisiert & verfolgt - Kontinuitäten der Ausgrenzung

(Nicht nur) In Deutschland gibt es eine lange Tradition Armut, nicht-bürgerliches Verhalten und Widerstand zu verfolgen und zu stigmatisieren. Im Nationalsozialismus wurden zehntausende Menschen als »asozial« in Konzentrationslager und andere Institutionen gesperrt, mussten dort Zwangsarbeit verrichten, wurden zwangssterilisiert, geschlagen, gedemütigt und getötet. Für die meisten hörte 1945 die Verfolgung nicht auf. Auch heute noch werden Menschen als »Assi« beschimpft und staatliche Institutionen versuchen die so bezeichneten Menschen zu kontrollieren. Was es mit diesen Kontinuitäten auf sich hat und was das ganze mit unserer Gesellschaftsordnung zu tun hat, wollen wir in diesem Workshop diskutieren.

» **Anmeldung:** queer@asta.tu-berlin.de
(Workshop ist auf 15 Plätze begrenzt.)

» **Wann?** 6.5. 12-19 Uhr und 7.5.12-17 Uhr

» **Wo?** In Berlin, der Ort wird nach der Anmeldung bekannt gegeben

» **Wer?** Der Workshop ist offen für alle unabhängig vom Vorwissen. Du solltest ein Interesse an einer kritischen Auseinandersetzung mit (auch eigenen) diskriminierenden Bildern mitbringen. Der Workshop findet auf deutsch statt, in einem rollstuhlgerechten Raum, es werden als Arbeitsmaterialien Texte, Bilder und andere Medien verwendet. (Dabei verwenden wir auch Texte und Bilder, die aus der Täter_innenperspektive sprechen und daher eine menschenverachtende (Bild-)Sprache benutzen.)

» **Organisation:** "Tainted Unicorns" - Queer Referat des AStA TU und Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.



AUSSTELLUNG:

„Der Arm der Bewegung“ - Die Alternative Für Deutschland

»Um die rechte Bewegung voranzubringen«, bedürfe es »drei Arme«, zitierte die Sächsische Zeitung den Pegida-Anführer Bachmann: »Die AfD im Parlament, Pegida auf der Straße und die Aktionen der IB im ganzen Land«. Diese Rolle der AfD als parlamentarischer Arm einer neuen rechten Sammelbewegung möchte die Ausstellung des VNN-BdA kritisch beleuchten.

» **Wann?** 15.Mai bis 15. Juni

» **Wo?** TU Hauptgebäude (Foyer)

» **Weitere Termine für Begleitveranstaltungen zur Ausstellung findet ihr in Kürze auf unserer Homepage.**

» **Organisation:** AStA TU Berlin



18.MAI, AB 11 UHR Tag des offenen AStA

Wir laden alle Studierenden und Interessierten ein, ein den AStA besser kennen zu lernen.

» **Welche Beratungsangebote gibt es hier eigentlich?**

» **Wie funktioniert diese Studierendenvertretung überhaupt?**

» **Was machen die da den ganzen Tag?**

Geplant ist ein Programm mit Workshops, Inputs, Führungen und vieles mehr. Das vollständige Programm gibt's demnächst auf unserer Homepage.

» **Wann?** 18.Mai ab 11Uhr

» **Wo?** AStA TU (TK-Gebäude)

» **mehr Infos und Programm:** astatu.berlin



Einmal im Jahr muss Hochschulpolitik Spaß machen: Zum AStA und Ini Sommerfest laden wir alle Studierenden ein mit uns zu feiern. An zahlreichen Infoständen könnt ihr mit uns und den studentischen Initiativen der TU ins Gespräch kommen oder ihr gönnt euch nur ein Bierchen auf der Wiese. Vielleicht lasst ihr euch auch einfach die Sonne auf den Bauch scheinen oder schwingt das Tanzbein zu unserem Live-Musik-Programm.

» **Wann?** 16. Juni, ab 16Uhr

» **Wo?** Sommerfest-Wiese (hintern PC-Gebäude)

» **Organisation:** AStA TU Berlin

» **Standanmeldungen oder Bandanfragen an:** sommerfest@asta.tu-berlin.de

DIY mit 3D-Druck

Ob Ersatzteile für Alltagsgegenstände, Kunst- und Designobjekte oder eigene Projekte. Im DIY Repair Café könnt ihr gegen eine Spende 3D-Druck nutzen. Außerdem gibt es eine Holzwerkstatt.

» **Wo?** Ini-Keller (EB-018)

» **Öffnungszeiten und Kontakt:** 3d-repaircafe.de

Löten im Studentischen

Elektroniklabor

Bietet die Möglichkeit und Unterstützung, elektronische Ideen zu verwirklichen. Vom ersten Lötversuch über kleine analoge oder mikrocontrollerbasierte Projekte bis hin zu komplexen Mixed-Signal Designs! Alle sind willkommen.

» **Wo?** EN 444

» **Öffnungszeiten und Kontakt:** loetlabor.org

Semesterticket-Büro

Das Semesterticket-Büro ist eine Einrichtung des AStA TU Berlin und des AStA der Universität der Künste, die gemeinsam mit der Hochschule betrieben wird.

Bei uns könnt ihr Anträge auf Befreiung vom Semesterticket (z.B. für einen Auslandsaufenthalt) und auf finanzielle Unterstützung aus dem Sozialfonds des Semestertickets stellen.

» **Wo?** H 2131-2133

» **Öffnungszeiten:** Di & Do 10-14 Uhr

» **Noch Fragen? Kontakt:** semesterticket@tu-berlin.de

Selbstorganisierte Deutschkurse in der Zwille

Im selbstverwalteten Raum Zwille finden beinahe täglich kostenlose Deutschkurse für Migrant*innen und Geflüchtete statt. Unterstützung erwünscht!

Kontakt über die Seite „Zwille Deutschkurs“ auf Facebook oder persönlich

» **Wo?** Z-Gebäude 3.Etage

» **Kurszeiten:** Jede Woche Montags bis Donnerstags 18:15 Uhr bis 20:15 Uhr

Umsonstlädin Ula – Ohne Geld shopen in der TU

Die Idee der Umsonstlädin geht von einem ungeheuren Warenreichtum in dieser Gesellschaft aus, in der es viele nützliche Dinge gibt, die irgendwo herumliegen, weil sie für ihre Besitzer_innen im Moment nicht nützlich sind. Damit sie nicht weiter ungenutzt herumliegen oder in den Müll geworfen werden, bietet die Umsonstlädin einen Raum, diese Dinge dem Konsumkreislauf zu entziehen und sie anderen Menschen in direkter Hilfe zur Verfügung zu stellen.

» **Wo?** HFT-Gebäude (Raum FK031)

» **Öffnungszeiten:** Mo 17-19 Uhr, Di 17:30-20 Uhr, Do 15-18 Uhr

» ula.blogspot.de

UniRad – Fahrrad-Selbsthilfewerkstatt an der TU Berlin

Hier könnt ihr eure Drahtesel auf Vordermann bringen. Benutzung von Werkzeugen und Materialien gegen Spende.

» **Wo?** HFT-Gebäude (Raum HFT 027)

» **Öffnungszeiten und Kontakt:** unirad.blogspot.de

TERMINE
SOMMERSEMESTER 2017

6./7. Mai | 12 Uhr | auf Anfrage

**Workshop: „Als ‚asozial‘ stig-
matisiert und verfolgt - Konti-
nuitäten der Ausgrenzung“**

15. Mai bis 15. Juni | H- Foyer

**Ausstellung: „Der Arm der Be-
wegung“ - Die Alternative für
Deutschland**

18. Mai | 11 Uhr | AStA-TU

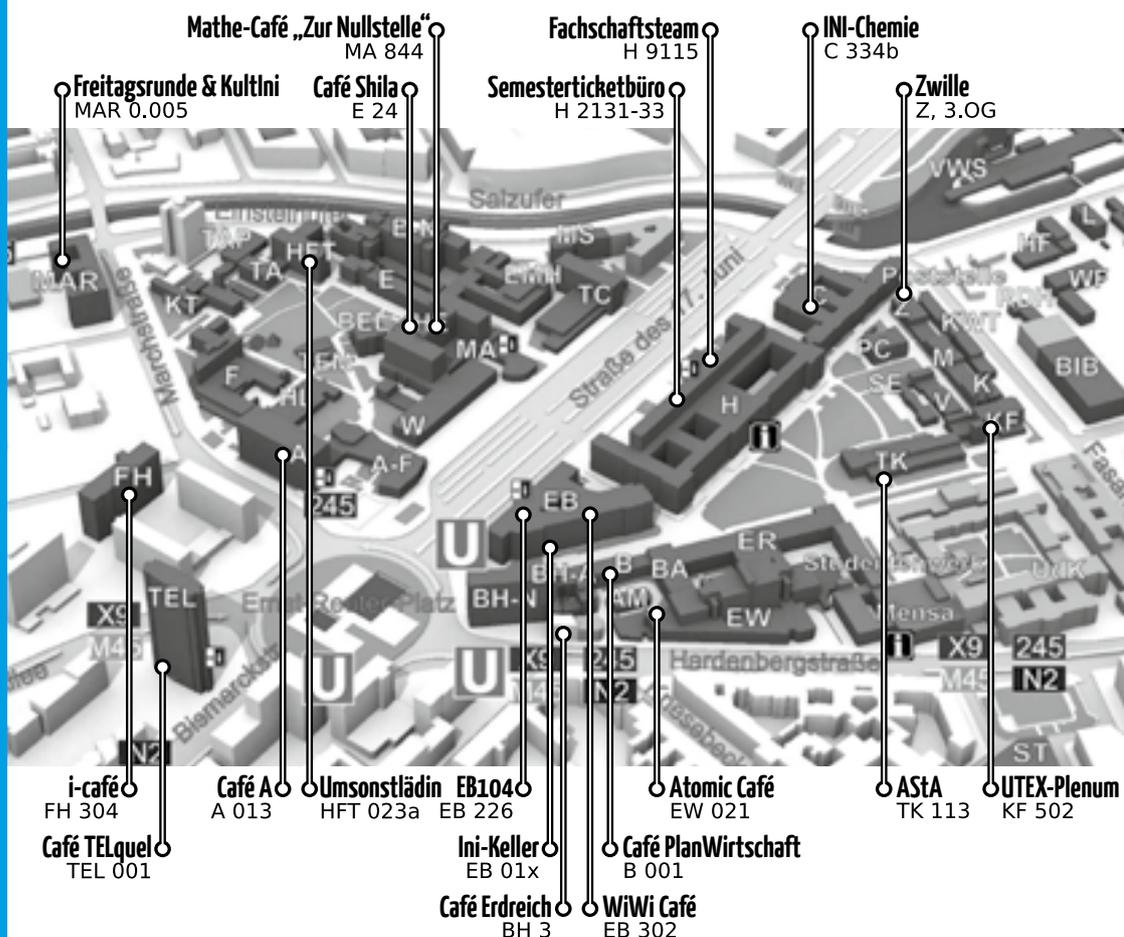
Tag des offenen AStA

16. Juni | 16 Uhr | Wiese

AStA & Ini Sommerfest

AUSSERDEM:

StuPa-Wahlen



ASTA TU BERLIN

Straße des 17. Juni 135 • 10623 Berlin
TK-Gebäude • 3. Obergeschoss • Sekr. TK 2
Aktuelle Öffnungszeiten unter
asta.tu-berlin.de/service

Büro-Anlaufpunkt

+4930 314-25683 • buero@asta.tu-berlin.de

Finanzierung

• finanzreferat@asta.tu-berlin.de

Technikpool

+4930 314-29099 • technikpool@asta.tu-berlin.de

Bibliothek

bibliothek@asta.tu-berlin.de

Bafög- und Sozialberatung

+4930 314-27482 • sozialberatung@asta.tu-berlin.de

Hochschulberatung

+4930 314-23960 • hochschulberatung@asta.tu-berlin.de

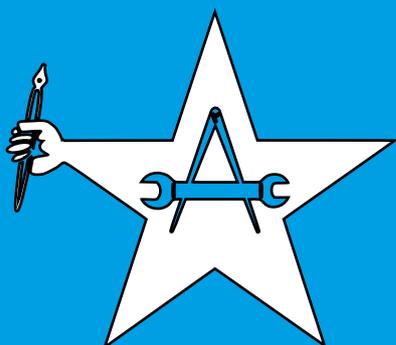
Beratung für internationale Studierende

+4930 314-27482 • stud-int@asta.tu-berlin.de

Semesterticket-Büro

TU-Hauptgebäude, Räume H 2131-33

+4930 314-28038 • asta.tu-berlin.de/semstix



Immer aktuell: www.astatu.berlin
twitter.com/astatu | facebook.com/astatu.berlin